

## Pressespiegel vom 24.02.2011

### **Sächsische Zeitung**

#### **„Gericht ist nicht an den Krawallen schuld“**

*Verwaltungsrichter Robert Bendner erklärt, warum Neonazi-Märsche nicht einfach zu verbieten sind und welche Auswirkungen der 19. Februar jetzt hat.*

Das Dresdner Verwaltungsgericht ist nach seinen beiden Entscheidungen zu den Aufmärschen von Neonazis am 19. Februar massiv in die Kritik geraten. Das Unverständnis darüber ist groß, warum die Verwaltungsrichter das Marschverbot der Stadt aufgehoben haben, und warum sie die Warnungen der Polizei vor Krawallen von gewaltbereiten Linken und Rechten nicht glaubten. Der Dresdner Verwaltungsrichter Robert Bendner nimmt im SZ-Gespräch zur Kritik Stellung.

Herr Bendner, wenn Sie auf die Straßenschlachten vom Sonnabend blicken, hat das Gericht möglicherweise falsch entschieden, als es den Marsch der Neonazis erlaubt hat?

Nein. Das Gericht ist genauso wenig wie die Stadt oder die Polizei an den Krawallen schuld und hätte sie auch nicht verhindern können. Die gingen von gewaltbereiten Extremisten aus.

Das Gericht hätte die Aufmärsche verbieten können, oder?

Das Gericht verbietet keine Aufmärsche, sondern die Stadt. Wir überprüfen nur. Die Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht, das man nur in Ausnahmefällen einschränken kann, wenn von der Demonstration selbst eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. Dann können Auflagen erteilt oder ein Verbot ausgesprochen werden. Aber das ist ein Eingriff in ein Grundrecht, der gut begründet sein muss. Selbst wenn im Vorfeld bereits mit Ausschreitungen zu rechnen ist, kann eine friedliche Versammlung nur im äußersten Notfall vorbeugend verboten werden.

Die Polizei hat massiv vor Gewalt von Linksextremisten und erstmals auch von rechtsextremer Seite gewarnt und die Krawalle vorausgesagt. Ist das nicht Grund genug?

Die Polizei gibt eine Gefahrenprognose für die öffentliche Sicherheit ab. Bei den Demonstrationen des rechten Lagers war nach den Erfahrungen der Vorjahre von einer friedlichen Versammlung auszugehen. Eine andere Bewertung konnte die Polizei dem Gericht nicht glaubhaft machen. Das Gericht konnte die von der Stadt angeordneten Einschränkungen nicht bestätigen. Die Aufgabe des Rechtsstaates ist es, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu ermöglichen, auch ungeliebten Minderheitenmeinungen. Das macht die Demokratie aus.

Die Botschaften der Rechten sind klar demokratiefeindlich. Gilt auch dann dieses

Recht?

Ja. Erst mal muss klar sein: Alle haben zunächst die gleichen Rechte. Das Verwaltungsgericht entscheidet nicht nach Inhalt einer Meinung. Über das Verbot extremistischer Parteien als auch über den Verlust von Grundrechten entscheidet ausschließlich das Bundesverfassungsgericht. Oder wollen wir wirklich „die Straße“ entscheiden lassen, welche Meinung man öffentlich äußern darf? Und wessen Meinung verbieten wir dann morgen? Das gefährdet die Demokratie. So weit dürfen uns weder rechte noch linke Extremisten bringen. Die empörte Debatte macht den Anschein, als würde ein Marsch von Nazis das Ende der Demokratie bedeuten. Aber es ist die Stärke des demokratischen Rechtsstaates, dass er das aushält.

Also müssen die Dresdner das hinnehmen und dürfen sich dagegen nicht wehren?

Natürlich nicht. Dafür gibt es das Mittel des friedlichen Protests, zum Beispiel eine Gegendemonstration.

Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat zu solchem Protest aufgerufen.

Hier muss man genau hinschauen. „Dresden Nazifrei“ hat angekündigt, den rechten Marsch blockieren zu wollen. Das würde die Blockierten ihres Grundrechts berauben und ist ein Aufruf zu einer Straftat. Aufgabe der Polizei ist es, die Blockaden zu verhindern.

Was wäre denn ganz klar friedlicher Protest?

Ich stelle mir vor – das ist jetzt meine ganz persönliche Meinung – dass die Nazis völlig ignoriert von den Dresdnern zum Beispiel südlich des Hauptbahnhofs durch menschenleere Straßen ihren Marsch abhalten, während Zehntausende Dresdner ein riesiges Bürgerfest in der ganzen Innenstadt feiern und das Zeichen setzen: Nazis sind unerwünscht.

Von diesem gewaltlosen Szenario sind wir weit entfernt. Die Polizei hat im Vorfeld auf ihre Personalnot hingewiesen. Verkürzt hieße das: Wird der rechte Marsch genehmigt, kommen die Blockierer, die gewaltbereiten Extremisten, und es eskaliert. Warum glaubte das Gericht der Polizei nicht?

Der Plan der Stadt war: Drei rechte Kundgebungen südlich des Bahnhofs, die Gegendemonstranten kommen alle auf die Neustädter Seite. Aus Sicht des Gerichts war mit der Elbe dazwischen genügend Puffer, um einen Mini-Marsch zu genehmigen. Es gilt die mildeste notwendige Auflage zu wählen.

Gesehen hat Dresden Gewalt von extremistischen Rechten und Linken. Welche Schlüsse zieht das Verwaltungsgericht für das nächste Jahr?

Ja, das war ein Hauch von Berlin. Stadt und Polizei werden diesen 19. Februar jetzt auswerten. Die Ereignisse vom Sonnabend werden in die künftige Gefahrenprognose der Polizei einfließen. Das Gericht wird das dann für den

Einzelfall analysieren und berücksichtigen. Das Gericht prüft nur Entscheidungen der Stadt. Im Rathaus werden die Schlüsse über Auflagen oder Verbote gezogen. Das Demonstrationsrecht gilt nicht für linke und rechte Chaoten. Es schützt nur friedliche Versammlungen.

Gespräch: Denni Klein

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Gericht\\_ist\\_nicht\\_an\\_den\\_Krawallen\\_schuld/articleid-2696524](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Gericht_ist_nicht_an_den_Krawallen_schuld/articleid-2696524)

---

## **Dresdner Neueste Nachrichten**

### **Nach Krawallen zahlen Eigentümer die Zeche - Kosten des Polizeieinsatzes noch unklar**

*Sebastian Kositz*

Dresden. Eingeschlagene Autoscheiben, verwüstete Vorgärten, brennende Mülltonnen: Die Krawalle im Dresdner Süden haben am Sonnabend erheblichen Sachschaden verursacht. Die Höhe der drohenden Kosten konnte die Dresdner Polizei allerdings auch am Mittwoch noch nicht abschätzen. "Es gehen immer noch Anzeigen ein", bestätigte Polizeisprecherin Jana Ulbricht. Erste Zahlen wollen die Ermittler in der kommenden Woche präsentieren.

Fest steht bislang nur: Die unschönen Folgen der Ausschreitungen könnten einige Haus- und Autobesitzer teuer zu stehen kommen. "Schäden durch Steinwürfe oder Schmierereien an Fassaden sind in der Regel nicht in Gebäudeversicherungen enthalten, dazu ist eine zusätzliche Versicherung notwendig", sagte Christian Weishuber, Sprecher der Allianz Versicherung.

"Es wird so sein, dass die Eigentümer auf den Kosten sitzen bleiben", meinte Christian Rietschel, Chef des Vereins Haus und Grund in Dresden. Viele Besitzer hätten wegen der horrenden Kosten keine zusätzlichen Versicherungen abgeschlossen. Die Chance, die Verursacher zu ermitteln und zum Schadensersatz heranzuziehen, sei leider sehr gering.

Bei beschädigten Autos kommen Versicherungen nur bei einer Vollkasko für alle Schäden auf. Eine Teilkasko schließt nach Worten von Allianz-Sprecher Weishuber immerhin noch Glas- und Brandschäden mit ein. Wer nur eine Haftpflichtversicherung besitzt, muss selbst in die Tasche greifen.

Besonders betroffen ist auch die Dresdner Stadtreinigung. Vielerorts waren Mülltonnen für die Errichtung von Barrikaden auf Straßen gerollt und zumeist angezündet worden. "Wir haben insgesamt 98 abgefackelte oder zerstörte Behälter gezählt", so Peter Hofinger, Geschäftsführer der Stadtreinigung. Den Schaden beziffert er auf rund 14 000 Euro. Geld, das die Stadtverwaltung selbst aufbringen muss. Auch die Stadtreinigung hatte wegen der hohen Kosten auf eine zusätzliche Versicherung bislang verzichtet.

Noch immer unklar ist, wie viel die Polizeieinsätze am 13. und 19. Februar am Ende den Steuerzahler kosten werden. Medienberichte, wonach sich die Ausgaben auf rund sieben Millionen Euro summieren, wies das Sächsische Innenministerium gestern zurück. "Es gibt noch keine Schätzungen", erklärte Ministeriumssprecherin Jana Kindt. Die Kosten für das Großaufgebot am 13. Februar im vergangenen Jahr beziffert die Behörde derzeit auf etwa 3,6 Millionen Euro. Allerdings sei auch diese Summe noch nicht endgültig.

Am 13. Februar dieses Jahr waren etwa 6000, eine Woche später etwa 6300 Polizisten aus der ganzen Bundesrepublik im Einsatz. Neben Verpflegung und Unterbringung muss der Freistaat auch die anfallenden Mehrkosten für Überstunden, Zuschläge oder Beschädigungen der Ausrüstung übernehmen.

© DNN-Online, 24.02.2011, 09:41 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/nach-krawallen-zahlen-eigentuemer-die-zeche--kosten-des-polizeieinsatzes-noch-unklar/r-19-februar-a-21499.html>

---

## **Grüne kritisieren Gedenkkultur**

*Jane Jannke*

Dresden. Im Nachhall der Ausschreitungen rund um das Gedenken für die Opfer der Luftangriffe des 13. Februar 1945 haben die Stadt-Grünen heftige Kritik am institutionalisierten Gedenkprozedere geübt.

Insbesondere die bauliche Gestaltung des zentralen Ehrenmals auf dem Heidefriedhof böte einen Anknüpfungspunkt zur Vereinnahmung durch Neonazis. Das Rondell, bestehend aus 14 Säulen mit den Namen von Orten des Todes zu Zeiten des Nationalsozialismus, stelle Dresden in eine Reihe mit Auschwitz, Lidice und Buchenwald. Die Verbrechen und der Völkermord der Nationalsozialisten würden dadurch relativiert. Des Weiteren sehen die Grünen im proklamierten "stillen Gedenken" durch die Stadt notwendigen lautstarken Protest gegen Neonazis diffamiert. Man vermisse ein klares Bekenntnis gegen die Nazis. Die Versuche insbesondere konservativer Kreise, die Menschenkette von einem Zeichen gegen Rechts zu einer reinen Gedenkveranstaltung umzudeuten, hätten die Gefahr einer Unterwanderung durch Neonazis erhöht.

Im Stadtrat wollen die Grünen daher zeitnah einen entsprechenden Antrag einbringen, der die Änderung der momentanen baulichen Gestaltung des Ehrenmals auf dem Heidefriedhof fordert. Des Weiteren werden eine Reformierung des protokollarischen Gedenkens in der Stadt insgesamt sowie eine Auseinandersetzung mit dem "Mythos Dresden" angeregt. Die traditionelle lokale Gedenkkultur sei geprägt vom Mythos der "unschuldigen Kulturstadt". Dresden brauche dringend eine Debatte über lokale Gedenk- und Erinnerungskultur.

© DNN-Online, 24.02.2011, 09:57 Uh

## **Morgenpost, Ausgabe Dresden**

### **Nach der Pannen-Razzia vom 19. Februar – Alle wollen plötzlich reden**

*Die Razzia im Haus der Begegnung, bei der auch die Linken-Parteizentrale gestürmt wurde, zieht weitere Kreise. Nun wird der Vorfall Thema im Landtag.*

„An offene Jugendarbeit ist derzeit nicht zu denken“, sagt Anja Stephan vom Verein „Roter Baum“ im Haus der Begegnung (HDB). Dort waren am Sonnabend gut 20 SEK-Beamte, unterstützt von 100 Kollegen, ins Haus gestürzt. Grund: Linksextreme sollen von hier Gewaltstraftaten koordiniert haben. Allerdings galt der Durchsuchungsbeschluss für eine andere Hausnummer (Morgenpost berichtete).

Polizei und Staatsanwaltschaft sehen darin einen behebbaren Formfehler. Ein Übermittlungsfehler sei schuld an der falschen Nummer im Beschluss. Mithin seien die gesicherten Beweise verwertbar. Allerdings: Auch auf dem Durchsuchungsprotokoll – erstellt nach der Beschlagnahme – prangt noch die falsche Hausnummer ... Der Förderverein wird nun per Klage Schadensersatz vom Freistaat verlangen. Die Höhe ist noch unklar. Außerdem will Die Linke die Rechtswidrigkeit der Aktion feststellen lassen.

Klärungsbedarf sieht auch Grünen-Chef Michael Schmelich: „Wenn ich einen Dieb im Hochhaus fangen will, verhafte ich auch nicht das gesamte Haus!“, sagt er. „Die Aktion lief nach dem Motto: Erst mal draufkloppen und dann schauen, was rauskommt. So geht es nicht. Das würde ich übrigens auch sagen, wenn es die CDU betreffen würde.“

Die CDU/ FDP-Koalition will nun am 23. März eine aktuelle Debatte zum Thema führen. FDP-Chef Holger Zastrow will den gesamten 19. Februar „politisch beleuchten“. Dabei dürfte es – verbal – zu einem heftigen Schlagabtausch kommen.

### **Der SEK-Einsatz an der Großenhainer Straße sorgt weiterhin für Zündstoff.**

---

## **BILD, Ausgabe Dresden**

### **Polizeigewerkschafts-Boss: „Thierse ist eine Schande fürs deutsche Parlament“**

*Von A. Harlass*

*Dresden – Unter linken Politikern scheint es inzwischen schick geworden zu sein, verbal auf unsere Polizisten einzuprügeln!*

Nach dem Ausraster von Bundestagsvizepräsident, Wolfgang Thierse (67, SPD): „Polizei beschützt Neonazis, das ist sächsische Demokratie“, rückt nun Ex-Fraktionschef Peter Porsch (66, Linke) Polizisten ins kriminelle Milieu. Porsch via

„Twitter“ über die LKA-Durchsuchung der Partei-Immobilie „Haus der Begegnungen“:  
„Man muss sehr genau untersuchen, auf welcher Seite beim Überfall die kriminelle  
Vereinigung zu suchen ist.“ Porsch rechtfertigt sich: „Bei Twitter gibt es einen Zwang  
zur Pointierung, man muss zuspitzen.“

Inzwischen fordert nun auch Rainer Wendl (54), Chef der Deutschen  
Polizeigewerkschaft, den Rücktritt von Wolfgang Thierse. Wendl in der  
konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“: „Thierse ist eine Schande für das  
Deutsche Parlament.“

*Thierse will seinen Angriff inzwischen als „Ironie“ verstanden wissen.*

---